Bundes Eltern Rat

Gemeinsam für beste Bildung

Bundeselternrat – c/o Stiftung Bildung – Am Festungsgraben 1 – 10117 Berlin

Verteiler:

- Delegierte
- Landesvertretungen
- Presse

Berlin, den 05.11.2026

Pressemitteilung

Fachausschuss Gymnasien

Gleiches Abitur, ungleiche Chancen! Schluss mit der Bildungslotterie der Bundesländer!

Fachausschuss Gymnasien fordert verbindliche bundesweite Standards, gerechte Prüfungsbedingungen und Konsequenzen aus PISA und IQB-Bildungstrend

Der Fachausschuss Gymnasien des Bundeselternrates übt deutliche Kritik an den weiterhin unterschiedlichen Bildungs- und Prüfungsbedingungen in den 16 Bundesländern. Trotz gemeinsamer Bildungsstandards und eines länderübergreifenden Abituraufgabenpools fehlen aus Sicht des Fachausschusses hinreichend vergleichbare Voraussetzungen für den Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife.

Ein vergleichbares Abitur darf nicht nur auf dem Papier existieren. Es muss durch vergleichbare Lernbedingungen, Leistungsanforderungen und Bewertungsmaßstäbe abgesichert werden.

Die Ergebnisse von PISA 2025 und des IQB-Bildungstrends 2024 verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf. Im IQB-Bildungstrend verfehlten rund 34 Prozent aller untersuchten Neuntklässlerinnen und Neuntklässler den Mindeststandard für den Mittleren Schulabschluss in Mathematik. PISA 2025 bestätigt zudem den erheblichen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg.

BER

Geschäftsstelle
Bundeselternrat
c/o Stiftung Bildung
Am Festungsgraben 1
10117 Berlin

Kontakt
Tel: +49 30 - 577 010 779
info@bundeselternrat.de
www.bundeselternrat.de

Bankverbindung
Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN: DE07160500003754001212
BIC: WELADED1PMB

Der Vorstand wird vertreten durch:
Norman Heise (Vorsitzender)
Annett Hertel (stellv. Vorsitzende), Aline Sommer-Noack (stellv. Vorsitzende), Eileen Schulz (stellv. Vorsitzende)

Der Bundeselternrat wird gemäß §6 Abs. 2 Nr. 2 der Satzung von zwei Vorstandsmitgliedern nach Außen vertreten.

„**Es kann nicht sein, dass wir bundesweit von einem gleichwertigen Abitur sprechen, während die Voraussetzungen dafür von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich sind. Wer vergleichbare Leistungen verlangt, muss auch vergleichbare Bedingungen schaffen. Alles andere ist gegenüber unseren Schülerinnen und Schülern nicht gerecht. Der Bildungsföderalismus darf keine Ausrede für fehlende Verbindlichkeit sein**", erklärt Michael Gehrhardt, Vorsitzender des Fachausschusses Gymnasien.

Klare Forderungen an die Kultusministerkonferenz:

Der Fachausschuss Gymnasien fordert die Kultusministerkonferenz und die Bildungsministerien der Länder auf, verbindliche Maßnahmen zu vereinbaren:

1. Bundesweit vergleichbare Lern- und Prüfungsbedingungen schaffen. Verbindliche Mindeststandards für Unterrichtsumfang, fachliche Kerninhalte, Anwendungs- und Übungszeiten sowie die personelle und materielle Ausstattung der gymnasialen Oberstufe müssen vereinbart werden. Der gemeinsame Abituraufgabenpool muss weiterentwickelt werden, damit Aufgabenstruktur, Anforderungsniveau, Hilfsmittel, Bearbeitungszeiten und Bewertungsmaßstäbe stärker angeglichen werden.

2. Nachteilsausgleich und Notenschutz verbindlich regeln. Schülerinnen und Schüler mit vergleichbaren Beeinträchtigungen benötigen bundesweit vergleichbare rechtliche Voraussetzungen und transparente Verfahren. Die KMK muss Mindeststandards für Anspruchsvoraussetzungen, Entscheidungsfristen, Prüfungsbedingungen und die Auswirkungen auf die Leistungsbewertung vereinbaren. Individuelle Unterstützungsmaßnahmen müssen erhalten bleiben.

3. Unterrichtsinhalte modernisieren und selbstorganisiertes Lernen absichern. Lehrpläne müssen stärker auf Problemlösekompetenz, kritisches Denken, Medienkompetenz und lebenspraktische Fähigkeiten ausgerichtet werden. Selbstorganisiertes Lernen darf nicht zur unbeaufsichtigten Aufgabenbearbeitung werden. Es braucht verbindliche Qualitätsstandards, pädagogische Begleitung und ausreichend Zeit zum Üben und Anwenden.

4. Bildungsgerechtigkeit und psychische Gesundheit sichern. Bildungserfolg darf weder vom Elternhaus noch vom Wohnort abhängen. Gleichzeitig müssen Leistungsdruck, Stoffumfang und Prüfungsorganisation kritisch überprüft werden. Schulpsychologische Unterstützung, bedarfsgerechte Förderung und realistische Lernanforderungen gehören zu einer verantwortungsvollen Bildungspolitik.

„**Wir dürfen nicht länger akzeptieren, dass der Wohnort über Bildungsbedingungen und Bildungschancen mitentscheidet. Chancengerechtigkeit beginnt nicht erst bei der Abiturprüfung, sondern bereits im Klassenzimmer. Wer immer höhere Leistungen fordert, aber keine ausreichenden Lern- und Übungsbedingungen sicherstellt, verlagert die Verantwortung auf die Kinder, Jugendlichen und ihre Familien**", erklärt Michael Meerstein, Stellvertretender Vorsitzender des Fachausschusses Gymnasien.

Die Länder müssen endlich verbindlich handeln!

Der Fachausschuss fordert die Kultusministerkonferenz auf, einen konkreten Maßnahmen- und Zeitplan für die weitere Angleichung der Bildungs- und Prüfungsbedingungen vorzulegen. Vereinbarungen dürfen nicht bei politischen Absichtserklärungen stehen bleiben. Ihre Umsetzung muss anhand nachvollziehbarer Kriterien regelmäßig überprüft und öffentlich ausgewertet werden.

Eine Abschaffung des Bildungsföderalismus wird nicht gefordert. Die Eigenständigkeit der Länder darf jedoch nicht dazu führen, dass ein bundesweit anerkannter Abschluss unter erheblich unterschiedlichen Bedingungen erworben wird.

„**Wir brauchen keine weiteren Sonntagsreden über Bildungsgerechtigkeit, sondern verbindliche Entscheidungen. Die Kultusministerkonferenz muss jetzt zeigen, dass sie mehr kann, als gemeinsame Ziele zu formulieren. Unsere Kinder brauchen keine 16 unterschiedlichen Antworten auf die Frage, was ein gerechtes Abitur ausmacht. Sie brauchen verlässliche Bildungsqualität und faire Chancen, unabhängig davon, in welchem Bundesland sie zur Schule gehen**", so Gehrhardt abschließend.

Der Fachausschuss Gymnasien stellt klar, ein bundesweit vergleichbares Abitur braucht bundesweit vergleichbare Voraussetzungen. Dafür tragen alle 16 Länder gemeinsam Verantwortung.

Hintergrund: Grundlage dieser Pressemitteilung ist das Positionspapier „Vergleichbares Abitur braucht vergleichbare Voraussetzungen!" des Fachausschusses Gymnasien des Bundeselternrates.

Pressekontakt:

Bundeselternrates
Fachausschuss Gymnasien
c/o Stiftung Bildung
Am Festungsgraben 1
10117 Berlin
Kontakt: info@bundeselternrat.de